

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 04.11.2008

N i e d e r s c h r i f t

der 21. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 28.10.2008,
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 20:20 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster **Vorsitzende**
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Michael Oswald
Frau Ute Wernert-Jahn

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Eva Janzen
Frau Elisabeth Langwasser (in Vertr. für Stv. Schlotmann)
Herr Gerhard Merz (in Vertr. für Stv. Walldorf)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen (ab 19:15 Uhr)
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Außerdem:

Frau Christine Wagener CDU-Fraktion (ab 19:55 Uhr)
Herr Michael Janitzki Fraktion Die Linke.

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(bis 19:47 Uhr)
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Frau Petra Cremer	Stadtplanungsamt	(bis 19:15 Uhr)
-------------------	------------------	-----------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Schriftführerin
----------------------	-----------------

Entschuldigt:

Frau Renate Schlotmann	SPD-Fraktion
Herr Andreas Walldorf	SPD-Fraktion

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. GI 01/22 "Flutgraben" STV/1915/2008
hier: Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 09.09.2008 -
3. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. GI 01/28 "Obere Bahnhofstraße"; STV/1934/2008
hier: 1. Beschluss zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
2. Durchführung der Beteiligung der Bürger und Träger öffentlicher Belange
- Antrag des Magistrats vom 23.09.2008 -
4. Lokale Agenda 21; Solare Energienutzung bei kommunalen Bauvorhaben STV/1955/2008
- Antrag des Magistrats vom 06.10.2008 -

- | | | |
|----|---|---------------|
| 5. | Solardachkataster
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 20.10.2008 - | STV/1961/2008 |
| 6. | Berichts Antrag Ergebnisse des REFINA-Prozesses
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2008 - | STV/1978/2008 |
| 7. | Städtebauliches Konzept Gießen-Ost
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2008 - | STV/1984/2008 |
| 8. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. GI 01/22 "Flutgraben" hier: Satzungsbeschluss - Antrag des Magistrats vom 09.09.2008 -

Antrag:

- „1. Die Anregungen der Öffentlichkeit aus der Offenlegung des Planentwurfes GI 01/22 „Flutgraben“ gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Träger öffentlicher Belange aus der parallelen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden mit dem aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnis abgewogen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen (Anlage 2).
3. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Während der kurzen Diskussion, an der sich die Stv. Beltz, Janitzki und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beteiligen, führt **Stadtrat Rausch** unter anderem

aus, dass mit der Vorlage die bereits erfolgte Bebauung des ehemaligen Sommerlad-Geländes rechtskräftig gemacht werde. Mittlerweile habe die Stadt einen fünf Meter breiten Uferstreifen entlang der Wieseck erworben. Er betont, dass die Schaffung eines öffentlichen Grünbandes ein wichtiges Planungsziel sei und diese Fläche auch im Bebauungsplan als solche festgesetzt werden solle.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

3. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. GI 01/28 "Obere Bahnhofstraße"; STV/1934/2008

**hier: 1. Beschluss zur Einleitung eines
Bebauungsplanverfahrens
2. Durchführung der Beteiligung der Bürger und
Träger öffentlicher Belange**

- Antrag des Magistrats vom 23.09.2008 -

Antrag:

„1. Für den in der Anlage dargestellten Plangeltungsbereich mit den Flurstücken in der Gemarkung Gießen, Flur 6, Flst. Nr. 1/6, 1/7, 1/8, 2/1, 2/2, 2/6, 2/7, 4/1, 5, 7/4, 11/6, 11/7, 12/2, 13/2, 14/4, 16/3, 19/1, 19/7, 19/8, 19/10, 20, 21, 23/8, 23/10, 23/11, 23/12, 23/14, 23/15, 23/16, 30/7, 132/3, 132/4 (Stand September 2008) wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines einfachen Bebauungsplanes i. S. des § 30 Abs.3 BauGB eingeleitet.

2. Der Bebauungsplan ändert den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. GI 01/04 „Bahnhofsvorplatz“ in Teilen und überlagert teilweise die Bereiche der eingeleiteten Bebauungsplanverfahren GI 01/15 "Mittlere Bahnhofstraße" und 2. Änderung GI 01/04 „Bahnhofsvorplatz“, Bereich „Alte Post“.

3. Der Aufstellungsbeschluss ist mit der Unterrichtung des Planerfordernisses und den allgemeinen Zielen und Zwecken der Planung öffentlich bekannt zu machen. Die Beteiligung der Bürger gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4a BauGB ist durchzuführen.

Der Magistrat wird ermächtigt, die Offenlegung und die Behördenbeteiligung gem. §§ 3 Abs. 2, 4 und 4a BauGB ohne einen gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.“

Fragen der Stv. Bellof, Janzen, Janitzki und Beltz werden von Stadtrat Rausch beantwortet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**4. Lokale Agenda 21; Solare Energienutzung bei kommunalen Bauvorhaben
- Antrag des Magistrats vom 06.10.2008 -**

STV/1955/2008

Antrag:

- „1. Bei allen laufenden und kommenden Bauvorhaben der Universitätsstadt Gießen, auch bei solchen in öffentlich-privater Partnerschaft, wird geprüft, welche Möglichkeiten zur Nutzung der Solarenergie möglich und wirtschaftlich sinnvoll sind.
Der verminderte Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) durch den Einsatz solarer Energien wird dokumentiert und öffentlich gemacht.
2. Bereits in der Bauleitplanung soll die solare Energienutzung durch entsprechende Vorgaben für Neubauten optimiert werden (z.B. Dach- und Fassadenausrichtung, Gebäudeabstand, verschattungsfreie Anordnung).
3. Verschiedene Solarenergienutzungen können auch miteinander sowie mit anderen Techniken kombiniert werden.“

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, regt an, Ziffer 2. der Vorlage wie folgt zu ändern:

- „2. Die solare Energienutzung soll - unter Beachtung der grundsätzlichen Gestaltungsfreiheit der Bauherrn - bereits in der Bauleitplanung, z. B. bei der Dach- und Fassadenausrichtung, den Gebäudeabstand oder einer verschattungsfreien Anordnung der Gebäude, berücksichtigt werden.“

Die vorgeschlagene Änderung wird vom Magistrat übernommen.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, und **Stv. Merz**, SPD-Fraktion, sprechen von einer „Verwässerung“ des ursprünglich von der Agenda-Gruppe verfassten Antrages, die der Arbeit der Gruppen grundsätzlich schade.

Stv. Bellof, SPD-Fraktion, fügt hinzu, dass der Antrag in sich butterweich sei und durch Beschluss der Vorlage signalisiere man, dass man das Ganze nicht so ernst nehme.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, widerspricht und erklärt, der Zusatz sei schadlos. Aus diesem Grunde seien die Grünen auch bereit, die Änderung mit aufzunehmen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Janzen, Janitzki, Merz, Scherer, Stadtrat Rausch und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

5. **Solardachkataster** **STV/1961/2008**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.10.2008 -

Antrag:

„Die Stadt Gießen erfasst zur Erstellung eines Solardachkatasters das Sonnenenergiepotential aller Dächer von öffentlichen und privaten Gebäuden im Stadtgebiet, um deren Eignung für eine optimale urbane Nutzung für Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen zu ermitteln. Dazu sind zusätzlich 30.000 Euro für die Erhebung (Befliegung) und die Auswertung in den Haushalt einzustellen.“

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, begründet kurz den vorliegenden Antrag und teilt mit, **dass die antragstellenden Fraktionen die Vorlage wie folgt ändern:**

„Die Stadt Gießen erfasst zur Erstellung eines Solardachkatasters das Sonnenenergiepotential aller Dächer von öffentlichen und privaten Gebäuden im Stadtgebiet, um deren Eignung für eine optimale urbane Nutzung für Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen zu ermitteln. Dazu sind zusätzlich **60.000** Euro für die Erhebung (Befliegung) und die Auswertung in den Haushalt einzustellen.“

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Merz, Dr. Dittrich, Bellof, Janzen, Janitzki, Beltz, Stadtrat Rausch und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

6. **Berichts Antrag Ergebnisse des REFINA-Prozesses** **STV/1978/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, in der Stadtverordnetenversammlung, ggf. in einer gesonderten Informationsveranstaltung, umfassend über die Ergebnisse des sog. REFINA-Prozesses zu berichten und die weiteren Perspektiven und Handlungsnotwendigkeiten darzulegen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. **Städtebauliches Konzept Gießen-Ost** **STV/1984/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2008 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, unverzüglich ein städtebauliches Konzept für die Entwicklung des Gebiets zwischen Miller-Hall, Dulles-

Village, evangelischer Siedlung, Eulenkopf, den an die Bundesrepublik zurück gegebenen Teilen des US-Depots, Marshall-Village und den südlich der Grünberger Str. gelegenen Flächen.

In dem Konzept sollen die Entwicklungspotentiale und Entwicklungsziele für dieses neue Stadtquartier dargestellt und die für die Realisierung notwendigen Umsetzungsschritte festgelegt werden. Die unterschiedlichen Nutzungsarten – Wohnnutzung, öffentliche und private Infrastruktureinrichtungen (Schulen, Kindertagesstätten, Sportflächen, Einrichtungen der Jugend- und Seniorenarbeit, Einkaufsmöglichkeiten), kulturelle und gewerbliche Nutzungen – sollen Berücksichtigung finden.

Verschiedenen Teilflächen sollen nach Maßgabe ihrer Beschaffenheit und der für ihren Erwerb benötigten Mittel unterschiedliche Entwicklungsstrategien zugeordnet werden (öffentliche Trägerschaft, PPP-Modelle, privat-gewerbliche Trägerschaft). Ein Gesamtfinanzierungskonzept sollte Bestandteil des städtebaulichen Entwicklungskonzepts sein.

Das Konzept soll in einem breit angelegten Beteiligungsprozess mit allen relevanten Bevölkerungsgruppen und den bereits bestehenden Initiativen diskutiert und entwickelt werden.“

Die antragstellende Fraktion fügt am Ende des ersten Absatzes noch das Wort „**vorzulegen**“ ein.

Stadtrat Rausch legt anhand einer sechseitigen Auflistung (Stellungnahme) den Sachstand dar, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Ein von der SPD gefordertes „solides Finanzierungskonzept“ lehnt er ab, da noch keine Wertgutachten für alle Gebäude und Einrichtungen vorliegen. Dies sei die Aufgabe des Eigentümers bzw. eines Investors. Weiter informiert er, dass außer für die ehemalige US-Grundschule, in die die Helmut-von-Bracken-Schule einziehen solle, keine konkreten Ankaufsverhandlungen stattgefunden haben. Aufgrund des Flächenumfangs, der angespannten Haushaltslage und der allgemein wirtschaftlich schwierigen Lage könne die Stadt Gießen nicht Eigentümer aller Flächen werden, erklärt Stadtrat Rausch. Abschließend stellt er fest, dass alle planerischen Vorarbeiten, die bis zur heutigen Vermarktungsreife der Bima-Grundstücke erfolgen konnten, durch die Stadt geleistet wurden.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, merkt an, Stadtrat Rausch habe scheinbar ein „anderes Verständnis“ von Planung als diejenigen, die ihn wiederholt zur Vorlage von Gesamtkonzepten aufgefordert haben. Der Katalog des Baudezernenten sei jedenfalls „keine“ Antwort auf die Forderung der SPD nach einem Konzept für Gießen-Ost.

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, meint, Stadtrat Rausch habe mit seiner Stellungnahme das „Thema verfehlt“ und produziere einmal mehr „nur Stückwerk“.

An der Diskussion beteiligen sich außerdem die Stv. Wernert-Jahn, Wagener, Dr. Deetjen und Dr. Dittrich.

Beratungsergebnis:

Geändert mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

8. Verschiedenes

8.1. Baumkataster

Stv. Bellof, SPD-Fraktion, fragt nach, ob zur Zeit innerhalb der Stadt Bäume für das Kataster kartiert werden.

Stadtrat Rausch entgegnet, die Kartierung der Bäume selbst erfolgt stetig, lediglich im elektronischen Verfahren passiere derzeit noch nichts.

8.2. Nächste Sitzung

Vorsitzende merkt an, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am Dienstag, **02.12.2008, 19:00 Uhr**, statt findet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e